



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus dem österreichischen Reichsrat

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Aus dem österreichischen Reichsrat



ie durch die tschechische Obstruktion herbeigeführte Auflösung des österreichischen Abgeordnetenhauses hat die vom Ministerpräsidenten Dr. Körber gehoffte Frucht, die parlamentarische Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit, lange nicht bringen wollen. Unüberbrückbar stehen sich eben auch heute die Ziele und Forderungen der Tschechen und der Deutschen, der Anhänger des böhmischen Staatsrechts und der der Verfassung gegenüber. Die Zerklüftung der Parteien ist stärker als jemals. Wohl erscheint die Wiederkehr des eisernen Rings für die nächste Zeit noch ausgeschlossen, weil sich weder die Polen noch die Südslawen mehr für rein tschechische Zwecke wollen ausnützen lassen. Aber auch die deutsche Gemeinbürgerschaft hat sich nicht wieder so festfügen lassen, wie zur Zeit der ständigen leitenden Wirksamkeit der deutschen Obmännerkonferenz. So erfreulich sich auch vom deutschen Standpunkt das Anwachsen der Schönerergruppe darstellen mochte, die in der Wahl ihrer Bezeichnung als Alldeutsche Vereinigung nicht eben politisch klug handelte, so sehr ist zu bedauern, daß sich bei aller Gegensätzlichkeit der Ziele die deutsch-radikale, die tschechisch-radikale und die sozialdemokratische Fraktion in ihrer lärmenden und rücksichtslosen Taktik schon so oft begegnet sind. Als geschlossene Gruppen standen sich Deutsche und Slawen eigentlich nur bei der Präsidentenwahl gegenüber, mit dem doch recht zweifelhaften Erfolge, daß keine von ihnen ihren Kandidaten durchzusetzen imstande war. Zum guten Glück besteht im Abgeordnetenhaus eine drei Mann starke mährische „Mittelpartei,“ die von keinerlei nationalem Charakter wissen will, und in ihrer Mitte fand sich ein Graf, der Sohn eines gewesenen Landeshauptmanns, der in der vorigen Gesetzgebungsperiode noch kein Wort im Parlament gesprochen, also weder die Deutschen noch die Tschechen je gereizt oder verletzt hatte. Und da nicht bloß die einen den Kandidaten der andern für ausgeschlossen erklärten, sondern auch die Polen und die Klerikalen keinem Parteigenossen die Übernahme des Präsidiums er-

lauben wollten, so wurde nahezu einstimmig Graf Better von der Lilie zum Präsidenten gewählt. Die deutsche Volkspartei stellte dann in Prade den ersten, der Jungtschechenklub in Jaczek den zweiten Vizepräsidenten. Den Mangel an Gewandtheit in der Leitung der Verhandlungen, den Graf Better angesichts seiner schwierigen Aufgabe alsbald zeigte, kann die parlamentarische Erfahrung seiner beiden Stellvertreter freilich nicht verdecken. Und ungewöhnliche Schwierigkeiten sind dem Vorsitzenden allerdings durch die beispiellose Leidenschaft der radikalen Parteien bisher schon von beiden Seiten bereitet worden. Bezeichnend für die unveröhnlichen Gegensätze zwischen den zweiundzwanzig Fraktionen des Hauses ist die Unmöglichkeit, für irgend eine Adresse an den Kaiser als Antwort auf die Thronrede eine Mehrheit zu finden. Darum war auch die Ablehnung des polnischen Antrags auf Entsendung eines Adreßausschusses und des sozialdemokratischen Antrags auf Eröffnung einer Adreßdebatte ohne Vorlage von Adreßentwürfen eine zweckmäßige Zeitersparnis.

Die Bewältigung des vom Ministerpräsidenten Dr. Körber in der wirklich neutralen Thronrede aufgestellten ausgiebigen Arbeitsprogramms schien unter diesen Umständen in unbestimmte Ferne gerückt. Denn mit dem Beginn der parlamentarischen Thätigkeit hatte alsbald auch die tschechische, sich vorläufig allerdings im Rahmen der Geschäftsordnung bewegende Obstruktion eingesetzt, indem das Haus gleich nach seiner Konstituierung mit einer Flut von Dringlichkeitsanträgen, leider nicht bloß von tschechischer, sondern auch von alldeutscher und sozialdemokratischer Seite überschwemmt wurde. Manche davon sind gewiß vollauf berechtigt, aber die parlamentarische Lage rechtfertigte den Entschluß der gemäßigten Parteien, vor der Erledigung der wichtigsten Regierungsvorlagen, durch die die nochmalige Anwendung des § 14 vermieden werden soll, keinem einzigen Dringlichkeitsantrage zuzustimmen.

Die stürmischen Auftritte, deren Schauplatz das Abgeordnetenhaus schon gewesen ist, sind aber hauptsächlich dem gekränkten Nationalstolz der Tschechen zu verdanken. Der schon während des Wahlkampfes gefaßte Entschluß der deutschen Parteien, keine Angriffe auf die amtliche Geltung der deutschen Staats- und Vermittlungssprache mehr zu dulden, hat den Ingrimm der Tschechen entfacht. Sie forderten die Annahme und Verlesung tschechischer Interpellationen, sowie deren Aufnahme in das stenographische Protokoll, die nicht einmal von polnischen Präsidenten zugelassen worden waren und nur unter dem Präsidium des Klerikalen Dr. Fuchs eingeschmuggelt werden konnten. Als alle Versuche der Einigung über einen allen nationalen Empfindlichkeiten Rechnung tragenden, aber doch die absurde Möglichkeit einer achtsprachigen Geschäftsführung des Abgeordnetenhauses ausschließenden Vorgang scheiterten, und der Präsident aus eigener Machtvollkommenheit die Verlesung einer deutschen Übersetzung aller anderssprachigen Interpellationen und die Aufnahme des Urtextes in eine Beilage des stenographischen Protokolls verfügte, beschworen die Tschechischradikalen Sturmjenen herauf, die nahe daran waren, in Thätlich-

feiten auszuarten. Und seitdem hielten sie zu ihren Dringlichkeitsanträgen, die geschäftsordnungsmäßig vor den auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen der Regierung den Vorrang haben, stundenlange tschechische Reden, die wiederholt die Alldeutschen zur Raserei brachten und zu immer wieder neuen Stürmen führten. Aber auch die Alldeutschen gaben Veranlassung zu solchen Stürmen dadurch, daß sie die Los von Rom-Bewegung in den Schwall von Dringlichkeitsanträgen hineintrugen. Insbesondere die schließlich nur in geheimer Sitzung durchgeführte Verlesung einer Flugschrift über die Liguorische Moraltheologie entfesselte bei den Klerikalen, Christlichsozialen und Polen die heftigsten Wutanfälle. Der Versuch des Präsidenten, an dem teilweise allerdings sehr scharfen Wortlaut mancher Interpellationen Zensur zu üben, wurde wieder von den Alldeutschen und den Sozialdemokraten mit der größten Leidenschaft und Schonungslosigkeit gegen den unbeholfenen Vorsitzenden zurückgewiesen.

In den Konferenzen der Obmänner der Parteien, die einberufen wurden, um die Verhandlung der dringlichsten Regierungsvorlagen zu ermöglichen, erklärten die Tschechen, zuvor eine „Beruhigung“ für ihre Wähler, irgend eine Genugthuung für die ihrem Volke durch die Aufhebung der Sprachenverordnungen widerfahrne Beleidigung erhalten zu müssen, ehe sie auf ihre obstruktivistische Taktik verzichteten. Das Ministerium weiß aber nur zu gut, daß jede Nachgiebigkeit auf Kosten der Deutschen alle Parteien der Gemeinbürgerschaft in unbezwingliche Opposition treiben würde. Am wichtigsten ist für die Regierung die Bewilligung des Rekrutenkontingents, alle alpenländischen Abgeordneten, ebenso Slowenen und Italiener wie Deutsche fordern ungestüm die Verhandlung der Investitionsvorlage, die Polen drängen auf rasche Erledigung der Branntweinsteuernovelle, von der übrigens auch die Erhöhung der Lehrergehälter in Böhmen abhängt. Aber ohne Rücksicht auf die früheren slawischen Bundesgenossen, die man doch so gern wieder zu einer Majorität der Rechten zusammenfassen möchte, wollten die Tschechen ihre Zustimmung zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses möglichst teuer verkaufen und zeigten sich darum in den Verhandlungen, die der Ministerpräsident unter Zustimmung der deutschen Parteien mit ihnen führte, äußerst zäh. Es wütet eben im Jungtschechenklub selbst ein heftiger Kampf zwischen den Gemäßigten, die den Staatsnotwendigkeiten Rechnung tragen und sich die Krone nicht ganz entfremden wollen, und den Radikalen, die den Verlust der Volkstümlichkeit zu Gunsten der tschechischen Magyarier und Nationalsozialen fürchten.

Das einzige Mittel, durch das die Regierung auf das widerhaarige Tschechentum einen gewissen Druck auszuüben vermag, ist die Drohung mit der Nichteinberufung des Landtags, an dessen Zusammentritt und längerer Tagung ebenso den Tschechen wie den Polen außerordentlich viel liegt. Die Alldeutschen versäumten ihrerseits nicht, die Drohung auszusprechen, daß sie in ihrer Stärke von achtzehn Mann in der Prager Landstube jede Verhandlung und Beschlußfassung durch Obstruktion unmöglich machen würden, wenn

im Reichsrate die Erledigung der Staatsnotwendigkeiten durch die tschechische Taktik verhindert werden sollte. Trotzdem schien es mehrere Wochen lang, daß der Haß gegen die Verfassung und gegen das Zentralparlament und der nationale Größenwahn, der seine Gleichwertigkeit mit dem Deutschtum in jeder Weise bethätigen will, stärker sein werden als die politische Einsicht und die Rücksicht auf die schon empfindlich fühlbare Schädigung der wirtschaftlichen Interessen aller Völker des vielsprachigen Staates.

Leider findet die tschechische Radaupolitik eine Art von Entschuldigung, ja gewissermaßen Rückendeckung in der unklugen Haltung der Alldeutschen Gruppe. Der schroffste und rücksichtsloseste Nationalismus, den sie den unablässigen Vorstößen und der unermüdblichen Wühlarbeit des Slawentums entgegensetzt, läßt sich schließlich ebenso rechtfertigen, wie der unerbittliche Kampf gegen den volksverräterischen Klerikalismus, wenn man auch einzelne Äußerungen dieser Denz- und Gefühlsweise entweder vom Standpunkt der parlamentarischen Form oder aus sachlichen Gründen nicht billigen kann. Aber neben der politischen Verwertung der Los von Rom-Bewegung, das offene Lossagen von jedem österreichischen Patriotismus und jeder österreichischen Gesinnung muß die maßgebenden Mächte der Staatsgewalt zu Gegnern der deutschen Sache machen.

Ein Beispiel politischer Einsicht und Selbstzucht hat unter diesen betrübenden Umständen das Herrenhaus gegeben. Es gelang das Wunder, die Rechte, die Mittelpartei und die Verfassungspartei zur einstimmigen Annahme einer Adresse als Antwort auf die Thronrede zu bewegen, deren Wortlaut insbesondere den Feudalen und tschechischen Staatsrechtlern ein großes Opfer auferlegte. Unter Wahrung der nationalen Gleichberechtigung wurde in der Adresse die Notwendigkeit einer Vermittlungssprache betont, vorbehaltlich organischer Entwicklung die Rechtsbeständigkeit, und der große Nutzen der Verfassung anerkannt, jede einseitige Nachgiebigkeit auf dem Sprachgebiete scharf zurückgewiesen. Die Freude auf deutscher und verfassungstreuer Seite bei der Veröffentlichung des Adressentwurfs wurde allerdings durch den Verlauf der Adreßdebatte im Herrenhause stark abgekühlt. Der oberste Führer der Tschechen, der böhmische Landmarschall Fürst Lobkowitz, hielt in seiner Rede am böhmischen Staatsrecht, an dem Verlangen nach einer Verminderung der Kompetenzen der Zentralgewalt und des Zentralparlaments zu Gunsten der Landesautonomie und der Landtage fest und sprach sich für eine zeitweilige Herrschaft des Absolutismus aus. Der klerikale Landeshauptmann Rhomberg von Borarlberg griff die alldeutsche Agitation, die Los von Rom-Bewegung und die interkonfessionelle Volksschule in der heftigsten Weise an, hielt sich aber von den staatsrechtlichen Ideen der böhmischen Feudalherren ebenso fern, wie der ihm konfessionell gesinnungsverwandte polnische Fürst Czartoryski, der den autonomen Gedanken nicht übermäßig betonte und indirekt doch für den Fortbestand der Verfassung und des Zentralparlaments eintrat. Schon der Sprecher der Mittelpartei, Fürst Schönburg, stellte die gesamtstaatlichen An-

schauungen mit aller wünschenswerten Schärfe in den Vordergrund, während Fürst Auersperg und Dr. Ernst Plener, der einstige Führer der Verfassungspartei, die Unhaltbarkeit der staatsrechtlichen Projekte in glänzender Weise nachwiesen. Von besonderem Werte und genau bezeichnend für die herrschende Strömung in den maßgebenden Kreisen waren aber zuvörderst die Energie, mit der Unterrichtsminister von Hartel den Angriff auf die Freiheit der Schulen zurückwies und die ihnen auch vom Standpunkt des österreichischen Patriotismus gemachten Vorwürfe auf ihren wahren Wert zurückführte, und dann vor allem die entschiedne Stellung des Ministerpräsidenten Dr. Körber gegen jeden Versuch eines Verfassungsbruchs oder einer Erpressung von nationalen Vorteilen durch Erschwerung der Arbeit des Parlaments. Die Wirkung der staatsmännischen Haltung des Herrenhauses, das den Anspruch erhob, nötigenfalls die Aufgaben der Volksvertretung zu erfüllen, war auf allen Seiten sehr tief und stimmte die Hoffnungen des radikalen tschechischen Nationalismus und aller staatsrechtlichen Bestrebungen stark herab. Und das zeigte sich unerwartet schnell an der Änderung der Taktik der tschechischen Opposition.

Die Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den jungtschechischen Führern wegen des Aufgebens ihres Widerstands gegen die dringendste der zu erledigenden Staatsnotwendigkeiten, das Rekrutengesetz, das aber von einigen Parteien in unlösbaran Zusammenhang mit der Branntweinsteuervorlage und der Investitionsvorlage gestellt worden ist, haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. Alle tschechischen Fraktionen stimmten der Ausschaltung der Obstruktion gegen die genannten Vorlagen zu. Nach kategorischen Versicherungen der Regierung beschränkt sich ihre Gegenleistung auf die Erfüllung wirtschaftlicher Forderungen Böhmens, die zum Teil ebenso deutschen wie tschechischen Gegenden zu gute kommen sollen. Ihr sachlicher Zusammenhang mit der Investitionsvorlage fördert auch deren Zustandekommen. Das Übereinkommen mit der Regierung wird aber so geheim gehalten, daß nur fünfzehn Mitglieder des Jungtschechenklubs von den Einzelheiten Kenntnis haben. Die unbestimmten Andeutungen tschechischer Blätter, daß sich unter den Bedingungen des Paktes auch „kulturelle“ Errungenschaften befänden, sollen offenbar zur Rechtfertigung der taktischen Schwenkung vor ihrem fanatisierten Lesepublikum dienen. Um jeden Verdacht der deutschen Parteien zu zerstreuen, daß etwa auf ihre Kosten Zugeständnisse gemacht worden seien, wurde von offiziöser Seite „allen in Umlauf gesetzten tendenziösen Gerüchten über die politische Lage, die offensichtlich den Zweck haben, die Situation zu erschweren und keine Besserung aufkommen zu lassen,“ schärfstens entgegengetreten. Diese Gerüchte wurden „als gänzlich unwahr, als offenkundige politische Brunnenvergiftung“ bezeichnet, die nur den Zweck verfolge, zwischen den einzelnen Parteien Mißtrauen zu säen.

Nun sollte man allerdings meinen, daß die von Taaffe bis Badeni und Thun gemachten Erfahrungen jeden österreichischen Ministerpräsidenten abhalten müßten, durch geheime Abmachungen und Zusagen den Fortgang der parla-

mentarischen Arbeiten zu erkaufen. Dr. Körber hat aber nicht bloß in Worten jedes derartige Vorgehn in seiner Herrenhausrede von sich gewiesen, sondern auch durch seine Standhaftigkeit gegenüber einer ebenso stürmischen wie sachlich unberechtigten Forderung des Polenklubs thatsächlich den Beweis geliefert, daß er sich von der Bahn voller Unparteilichkeit und rein sachlicher Erwägung nicht abdrängen lasse. Und so glauben die deutschen Parteien sich darauf verlassen zu können, daß er sie nicht täuschen werde.

Gerade eine der peinlichsten parlamentarischen Szenen der letzten Zeit scheint die Gewähr zu bieten, daß es augenblicklich den Jungtschechen mit ihrer Wendung ernst ist. Als sich der nationalsoziale Abgeordnete Fressl in besonders tückischer Weise an die Präsidententribüne heranschlich, dem vor-
sitzenden Vizepräsidenten Prade die Rednerliste aus der Hand und sofort in Stücke riß, wurde er von den in der Nähe stehenden deutschen Abgeordneten in ihrer Entrüstung über das freche Attentat nicht bloß von der Tribüne hinuntergeworfen, sondern auch mit einer Tracht Prügel bestraft, ohne daß sich bei den Jungtschechen eine Hand für ihn gerührt hätte. Seine verzweifelten Vorwürfe wurden schroff mit der Aufforderung abgewiesen, der tschechischen Nation keine Schande zu machen. Das hatte höchst erregte Auseinandersetzungen zwischen Jungtschechen und Tschechischradikalen zur Folge. Die korrekte Haltung der Jungtschechen wurde mit lautem Bravo von allen Seiten des Hauses belohnt, was ihnen schon seit langer Zeit nicht widerfahren war.

Da die Obmännerkonferenz noch mehrere andre Regierungsvorlagen in das vor Ostern zu erledigende Programm aufgenommen hat, ist nun allem Anscheine nach in den nächsten vier Wochen ein normaler Verlauf der parlamentarischen Thätigkeit zu erwarten. Auch die endgiltige Wiederwahl des jetzigen Präsidiums ist, abgesehen von einem leidenschaftlichen Protest der tschechisch radikalen Gruppe, wenn auch unter Stimmenthaltung der Alldeutschen, der Tschechen und der Sozialdemokraten, anstandslos vollzogen worden. Was freilich später geschehn wird, bleibt unberechenbar, insbesondre auch die Wirkung der für den Mai in Aussicht genommenen Tagung des böhmischen Landtags. Pessimistische Politiker bemerken schon jetzt bedrohliche Anzeichen einer Annäherung der frühern Parteien der Rechten und prophezeien den Wiederezusammenschluß der frühern slawisch-klerikal-feudalen Mehrheit. Bei verschiedenen Ausschufswahlen sind in der That schon jetzt nicht bloß die Klerikalen, sondern auch die Christlichsozialen mit den Slawen Hand in Hand gegangen. Die beiden letzten Fraktionen haben aber schon heftige Zusammenstöße mit den Alldeutschen gehabt. Trotz der eindringlichen Warnungen, die der Verlauf der Wahlen dem deutschfeindlichen Klerikalismus und dem klerikalen Antisemitismus gebracht hat, bleiben beide ganz unzuverlässige Vertreter des deutschnationalen Gedankens. Ebenso haben sich schon früher und noch mehr in der neusten Zeit gewichtige Gründe zur Trennung für Tschechen, Polen und Südslawen ergeben. Trotzdem ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich der Haß gegen das Deutschtum und gegen den Fortschritt

wieder zusammenfindet, und daß sich für die Deutschen, die nun einmal in Österreich und dementsprechend auch im Reichsrat in der Minderheit sind, abermals eine Zeit schwerer nationaler und politischer Prüfungen ergibt. Für die nächste Zeit erklären allerdings die Tschechen, sich noch nicht die Hände binden zu wollen, weil sie offenbar fühlen, daß die übrigen slawischen Völker, die ganz andre Interessen haben, sich nicht mehr als Vorspann für das nebelhafte böhmische Staatsrecht werden mißbrauchen lassen. Es ist der tschechische Haß gegen die Verfassung, was die Vorgänge im österreichischen Reichsrat als selbstmörderisches Handeln erscheinen läßt, weil er ebenfalls im gewissen Sinne „reichsfeindliche,“ d. h. auf einen engeren Verband mit Deutschland abzielende Bestrebungen in den Kreisen der Alldeutschen veranlaßt. Nun ist gewiß ein engerer staatsrechtlicher oder mindestens wirtschaftspolitischer Verband zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche denkbar, wie ihn Fürst Bismarck für die ganze Monarchie anstrebte, aber gegen den Widerspruch des Grafen Andrassy aufgeben mußte. Daß dies aber sowohl Tschechen, Polen und Südslawen wie Klerikale als Landespreisgebung und Minderung des Ansehens der Dynastie brandmarken, ist von ihrem Standpunkt begreiflich. Darum würde ein dynastischeres Auftreten der Alldeutschen Gruppe im Reichsrat den auf seine Sprengung und auf eine Erweiterung der Länderautonomie und Landtagskompetenz abzielenden tschechischen Bestrebungen einen wirksamern Kiegel vorschieben, als das oft herausfordernde schroffe Herauskehren des an sich noch so berechtigten deutschen Standpunkts.



Krieg und Arbeit



ine Zukunftshoffnung, die der scharfsinnige und nüchterne Kant einer gründlichen Prüfung wert und nicht ganz aussichtslos befunden hat, dürfen wir nicht kurzerhand als Utopie abthun. Utopisch wäre es allerdings, wenn wir das Aufhören der Kriege für gleichbedeutend mit dem wirklichen vollen Frieden der Menschheit nehmen wollten. Dieser ist unter ihren irdischen Lebensbedingungen nicht möglich. Es kann sich bei einer wissenschaftlichen Untersuchung nur um die Frage handeln, ob der Krieg in aller Zukunft zu den Mitteln gehören wird, mit denen die Menschheit ihre Interessenkämpfe ausficht. Bei dieser Frage verdient ein Buch, das die Abrüstungsfrage ganz nüchtern und wissenschaftlich ohne alle utopische Schwärmerei erörtert, um so mehr Beachtung, als schon sein Titel beweist, daß der Verfasser den tiefsten Grund und die wahre Ursache der herrschenden Friedensliebe richtig erfaßt hat. Krieg und Arbeit (Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1900) betitelt der Russe Anitchkow